

## Atommüll / Dokumentation

Greenpeace, „ausgestrahlt“ und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg haben ihre Teilnahme an einer für den 3. November 2014 geplanten Anhörung der Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages abgesagt. Diese Entscheidung haben die Organisationen den Kommissionsvorsitzenden, Ursula Heinen-Esser (CDU) und Michael Müller (SPD), in einem Brief mitgeteilt. Darin erklären die Umweltgruppen, sie hätten „durch die Erfahrung des Umgangs mit unseren Argumenten vor, mit und nach der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes nicht das geringste Vertrauen in Ihre Kommission gewinnen“ können. Strahlentelex dokumentiert nachfolgenden das Schreiben der Vereine im Wortlaut.





Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
Die Vorsitzenden  
Ursula Heinen-Esser  
Michael Müller  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

vorab per Fax +49 30 227-36276

### Absage unserer Teilnahme an der geplanten Anhörung der Atommüllkommission am 3. November 2014

Hamburg und Lüchow, den 28. Oktober 2014

Sehr geehrte Frau Heinen Esser,  
sehr geehrter Herr Müller,

vielen Dank für Ihre Einladung zur Anhörung der Atommüllkommission am 3. November 2014. Wir werden an der Anhörung nicht teilnehmen.

Sie haben uns eingeladen, in Ihrer Kommission unsere Anliegen und Argumente zur Kritik des Standortauswahlgesetzes (StandAG) und für eine bessere, an rationalen und demokratischen Prinzipien orientierte Atommüllpolitik vorzutragen – denn um letztere müsste es ja eigentlich gehen. Wie Ihnen vermutlich bekannt sein wird, setzen wir uns seit vielen Jahren für einen Neustart in der Atommüllpolitik ein und haben die Irrwege verschiedener Bundesregierungen und parlamentarischer Mehrheiten in der Atommüllpolitik kritisiert. Der letzte große Irrweg in der Atommüllpolitik führte zu dem Standortauswahlgesetz und der von Ihnen geleiteten Kommission, deren bisherige Beratungen wir genau verfolgt haben.

Wir konnten durch die Erfahrung des Umgangs mit unseren Argumenten vor, mit und nach der Verabschiedung des StandAG nicht das geringste Vertrauen in Ihre Kommission gewinnen. Unsere Argumente wurden weder aufgenommen, noch widerlegt; ja es wurde noch nicht einmal versucht, sie zu widerlegen. Nun soll der Anschein erweckt werden, wir könnten in zehn Minuten unsere Kritik und Vorschläge mit dem Vertrauen vortragen, dass sie in dieser Kommission mit breiter Mehrheit aufgenommen würden. Dieses Vertrauen zu haben wäre mehr als naiv.

Wir können Sie nicht daran hindern, diesen Irrweg zu gehen. Sie können aber, mit Verlaub, nicht darauf spekulieren, dass wir Sie darin unterstützen, wenn Sie den Anschein erwecken wollen, man hätte sich in der Kommission auch auf Kritiker – und vor allem auf deren inhaltliche Argumente – eingelassen. Ein Scheinprozess bleibt die Arbeit dieser Kommission so lange, wie ihre Mitglieder sich selbst mit der Vorstellung betrügen, bis zu dem vorgesehenen Kommissionsende 2015/16 alle durch gesellschaftliche Verständigungsprozesse zu klärenden Grundsatzfragen des Umgangs mit hochradioaktivem Atommüll beantworten zu können.

Wir sind nicht bereit, als Statisten Bürgerbeteiligung für einen Prozess vorzugaukeln, dessen Ergebnis - trotz aller wohlmeinenden Anstrengungen von einzelnen in dieser Kommission - durch die falschen Rahmenbedingungen bereits vorgezeichnet ist. Der untaugliche Versuch einer simulierten gesellschaftlichen Verständigung zu dieser schwierigen Frage kann nur scheitern oder auf Kosten von Rationalität und Demokratie durchgesetzt werden.

Die drei jüngsten Beispiele für einen simulierten Neuanfang in der Atommüllpolitik seit Inkrafttreten des StandAG haben wir für Sie zusammengetragen. Sie konterkarieren das Ziel des Gesetzes und damit das Fundament der Kommission. Zu keinem der genannten Beispiele haben Sie sich als Institution, die verlorengegangenes Vertrauen gegenüber der Bürgergesellschaft aufbauen soll, auch nur zu Wort gemeldet – geschweige denn, gegen diese Fehlentwicklungen gemeinsam Ihr Wort erhoben.

1. Voraussetzung für den parteipolitischen Konsens und die Zustimmung des Landes Niedersachsen zum StandAG war im Frühjahr 2013 das Versprechen, eine Lösung für den Verbleib von insgesamt 26 ausstehenden Castorbehältern mit radioaktiven Abfällen aus den

Plutoniumfabriken in La Hague und Sellafield, welche für Gorleben vorgesehen waren, im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern zu finden. Zuletzt wurde Ostern 2014 als Termin für eine Einigung benannt. Bis heute war die Politik über bloße Ankündigungen hinaus nicht in der Lage, dieses Versprechen einzulösen. Wir betrachten das nicht nur als klaren Wortbruch, sondern das Unvermögen, ein Zwischenlager für 26 Castorbehälter zu finden, beweist, wie aussichtslos unter den Rahmenbedingungen des mangelhaften StandAG die Benennung von anderen – evtl. durch Tiefbohrungen zu untersuchenden – Standorten in der Bundesrepublik ist. Der in Kommission und Politik permanent beschworene Konsens reicht nicht einmal zur Lösung der vergleichsweise kleinen Castorfrage aus.

2. Während in der Kommission der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Garrelt Duin (SPD), angeblich mit dem im StandAG festgelegten Ziel arbeitet, hochradioaktive Abfälle im Inland zu entsorgen und eben nicht ins Ausland zu verbringen, versucht seine eigene Landesregierung 152 Castoren aus dem ehemaligen Atomkraftwerk Jülich im Widerspruch zu den Regelungen im StandAG<sup>1</sup> und im Atomgesetz<sup>2</sup> in die US-amerikanische Militäranlage Savannah River zu exportieren. Um dies zu ermöglichen, deklariert das Bundesforschungsministerium den Reaktor kurzerhand zum Forschungsreaktor um, obwohl sowohl das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als auch das International Atomic Energy Agency (IAEA) denselben eindeutig als Leistungsreaktor in ihren bisher allgemein anerkannten Listen führen. Die Bundesregierung unterstützt also diesen angekündigten Gesetzesbruch.

3. Während die Kommission die Notwendigkeit einer alternativen Standortsuche über Gorleben hinaus propagiert, klagen die abfallverursachenden Energieversorgungsunternehmen (EVU) auf mehreren Ebenen gegen die Abschaltung der acht ältesten Atommeiler nach Fukushima, gegen die Übernahme von Kosten, die aus dieser Entscheidung entstehen und – wie der „Spiegel“ meldet – demnächst auch gegen das StandAG und die Notwendigkeit einer neuen ‚Endlager‘-Suche über Gorleben hinaus: „Unterdessen bereiten die großen Energieversorger E.on und RWE weitere juristische Schritte gegen das umstrittene Endlagersuchgesetz der Bundesregierung vor. Aus ihrer Sicht besteht keine Notwendigkeit, eine Alternative zu dem erforschten Endlager für nukleare Brennstäbe in Gorleben zu suchen. An den geschätzten Mehrkosten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro wollen sie sich nicht beteiligen. Bereits Anfang Oktober hatten die Konzerne Feststellungsklagen gegen die notwendig gewordene Zwischenlagerung von Brennelementen auf eigenen Grundstücken eingereicht.“<sup>3</sup> Natürlich steht es jedem in einem demokratischen Rechtsstaat zu, zur Wahrung seiner Rechte Gerichte anzurufen. In diesem Fall kündigen die Konzerne allerdings neben den bereits eingereichten Klagen gegen den Atomausstieg (und damit gegen die Begrenzung der Müllmenge) nun offenbar die Klage gegen den Suchprozess selbst an, in welchem sie mit drei von insgesamt 16 stimmberechtigten Kommissionsvertretern gestaltend mitwirken sollen.<sup>4</sup>

Als Umweltgruppen haben wir uns im Ringen um einen Neustart im Umgang mit Atommüll der Diskussion nie verweigert, sondern - im Gegenteil - neben Kritik auch konstruktive Vorschläge aktiv von außen in die hinter verschlossenen Türen geführte Debatte um Suchverfahren und StandAG eingebracht. Greenpeace hat im November 2012 ein Konzept für einen verantwortbaren Umgang mit radioaktiven Abfällen vorgestellt.<sup>5</sup> Kernaussage: Es bedarf einer breiten gesellschaftlichen Debatte und Verständigung über die bloße parlamentarische Befassung hinaus VOR der Verabschiedung eines Suchverfahrens per Gesetz. Wiederhall in der Politik? – Fehlanzeige!

Für Greenpeace hat Mathias Edler am 10. Juni 2013 im Unterausschuss des Deutschen Bundestages detailliert das dem Suchprozess und der Kommissionsarbeit zugrundeliegende Standortauswahlgesetz, seine gravierenden inhaltlichen und strukturellen Mängel und die in diesem Fall über die parlamentarische Befassung hinaus unerlässliche, aber fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung des Gesetzes dargelegt. An der daraus resultierenden Empfehlung von Greenpeace, hat sich bis heute nichts geändert: Rücknahme des Gesetzes und Verabschiedung eines reinen Rahmengesetzes, das allein das gemeinsame Ziel einer alternativen Suche nach dem bestmöglichen Umgang mit Atommüll formuliert und daraufhin eine in der Gesellschaft verankerte Entwicklung einer demokratischen Atommüllpolitik ermöglicht.<sup>6</sup> Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger ein Suchverfahren als solches akzeptieren, kann es auch Hoffnung auf eine Akzeptanz für das Ergebnis des Verfahrens geben. Wiederhall in der Politik? – Das Gegenteil wurde mit breiter parlamentarischer Mehrheit beschlossen.

.ausgestrahlt hat unter Berücksichtigung der Tatsachen, dass der Bundestag nicht bereit war, das Gesetz auf ein Rahmengesetz zu reduzieren und dass Bund und Länder nicht bereit waren, den ungeeigneten Standort Gorleben aus dem Verfahren zu nehmen, 13 Voraussetzungen für eine Mitarbeit als absolute Mindeststandards für das Gelingen des Prozesses formuliert.<sup>7</sup> Nur zwei dieser Voraussetzungen sind von Bundesregierung, Bundestag und Landesregierungen hergestellt worden. Der Bitte von .ausgestrahlt und zahlreichen anderen Umweltverbänden und Initiativen, eine Verständigung über die Rahmenbedingungen einer möglichen Zusammenarbeit zu ermöglichen, indem weitere Gespräche zwischen Politik und Umweltbewegung vor Einsetzen der Kommission stattfinden, wurde abgelehnt. Damit fehlen

<sup>1</sup> StandAG, §1, Abs. 1. Ziel des Gesetzes: „Zur Erreichung dieses Ziels werden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten keine Abkommen geschlossen, mit denen (...) eine Verbringung radioaktiver Abfälle einschließlich abgebrannter Brennelemente zum Zweck der Endlagerung außerhalb Deutschlands ermöglicht würde.“

<sup>2</sup> AtG, §9a Abs.1, Satz 2. Verbot, Atommüll aus kommerzieller Nutzung zur Wiederaufarbeitung ins Ausland zu bringen.

<sup>3</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/energie-wende-gabriel-plant-neue-zumutungen-fuer-versorger-a-996673.html>

<sup>4</sup> Dr.h.c. Bernhard Fischer (Ex-Chef von E.ON Kernkraft, im Aufsichtsrat verschiedener E.ON-Tochterunternehmen), Prof.Dr. Gerd Jäger (Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und ehem. RWE-Vorstand), Erhard Ott (stellvertr. Vorsitzender des E.ON-Aufsichtsrates). Dieses Beispiel zeigt aus einer anderen Perspektive, dass die Einbindung der Zivilgesellschaft – und zu der gehören auch die Wirtschaftsvertreter - schon bei der Entwicklung eines Suchprozesses unerlässlich gewesen wäre. Dann hätte man schon früher erkannt, dass die Konzerne das Ziel einer alternativen Standortsuche nicht mittragen und nicht Teil dieses so genannten Konsenses sind.

<sup>5</sup> Greenpeace e.V., Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle und gesellschaftlich akzeptierte Endlagersuche in Deutschland. Hamburg, Nov. 2012. <http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20121113-Konzept-Endlagersuchverfahren-Greenpeace.pdf>

<sup>6</sup> Mathias Edler, Greenpeace e.V. Stellungnahme zum Entwurf eines Standortauswahlgesetzes in: Anhörung im Ausschuss des Deutschen Bundestages für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschussdrucksache 17(16)763-B, 10. Juni 2013

<sup>7</sup> .ausgestrahlt e.V., Voraussetzungen für die Mitarbeit in der Atommüll-Kommission. Hamburg, 26. März 2014.

[https://www.ausgestrahlt.de/fileadmin/user\\_upload/endlager/suchgesetz2013/Voraussetzungen\\_ausgestrahlt\\_Mitarbeit\\_Atommuell-Kommission.pdf](https://www.ausgestrahlt.de/fileadmin/user_upload/endlager/suchgesetz2013/Voraussetzungen_ausgestrahlt_Mitarbeit_Atommuell-Kommission.pdf)

für .ausgestrahlt und seinen Sprecher Jochen Stay die Grundlagen, um im Rahmen der Kommission konstruktiv und konsensorientiert an der Überwindung des Atommüll-Konflikts zu arbeiten.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und ihr Vorsitzender Martin Donat haben das StandAG wiederholt als „Gorleben-Findungsgesetz“ bezeichnet. Immerhin versteckt sich hinter dem nach außen vorgetragenen parteipolitischen Konsens für einen angeblichen Neustart bei der ‚Endlager‘-Suche das Unvermögen der Beteiligten, wenigstens eine gleichrangige Suche an mehreren Standorten in der Republik rechtssicher vorzuschreiben. Stattdessen wurde mit einem speziellen Gorleben-Paragrafen einzig und allein der seit 37 Jahren in die Sackgasse führende Weg in Richtung des Salzstocks Gorleben abermals offen gehalten. Das hat mit einer „ergebnisoffenen“, alternativen Standortsuche nichts zu tun! Am Ende steht immer offensichtlicher das politische Ziel, den untauglichen Salzstock Gorleben rechtssicher und ohne Einspruchsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger abermals als Lager-Standort, diesmal aber als Ergebnis eines angeblich neuen Auswahlverfahrens, präsentieren zu können. Das ist nichts Anderes als die Fortsetzung der gescheiterten Atompolitik der vergangenen Jahrzehnte in einem neuen Gewand. Dafür brauchen Sie unsere Mitwirkung. Dafür bekommen Sie unsere Mitwirkung nicht.

Als Bundesminister Peter Altmaier als einer der Väter dieses StandAG bei seinem Besuch in der Kommission dieselbe als „Ehrenrunde“ bezeichnete, blieb dies ohne Widerspruch Ihrerseits. Eine Ehrenrunde landet am Ende wieder an ihrem Ausgangspunkt: Und der heißt in diesem Fall Gorleben. Sie haben uns damit gezeigt, wie wir die Kommission zu verstehen haben: als Ehrenrunden-Kommission. Das müssen wir hinnehmen. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir als Umweltgruppen nicht den geringsten Eindruck erwecken dürfen, an einem falschen Spiel mitzuwirken.

Statt dreimal zehn Minuten von uns anzuhören, was Sie schon x-mal gehört und gelesen haben – unser Plädoyer für eine demokratische Atommüllpolitik – sollten Sie die Zeit zur Einkehr und Umkehr nutzen. Mit der bisherigen Kommissionsarbeit wurde ein Viertel der vorgesehenen Arbeitszeit vertan, ohne sie für die vordringlichste Aufgabe zu nutzen: aufzuzeigen, warum das bereits verabschiedete Gesetz grundlegend zu überarbeiten ist - der Einsicht folgend, dass langfristige, parlamentarische Entscheidungen ohne gesellschaftliche Beteiligung in der Atommüllfrage nie zum Ziel geführt haben.

In der Kommissionsarbeit ist weder eine nachvollziehbare Methodik noch Arbeitsstruktur zu erkennen. Stattdessen sind ohne methodisches Fundament wesentliche Fragen bereits an Arbeitsgruppen delegiert. Eine Arbeitsgruppe soll Kriterien für die Standortauswahl entwickeln, bevor überhaupt eine Entscheidung über Lagerart- und konzept gefallen ist. Dazu müsste man allerdings erst ALLE Optionen des Umgangs mit der radioaktiven Hinterlassenschaft des Atomzeitalters in der gleichen Tiefe ausleuchten. Nur wer sämtliche Alternativen kennt, kann danach Abwägungsentscheidungen treffen.

Wir sind überall dort gesprächsbereit, wo der Hauch einer Chance besteht, dass Argumente aufgenommen oder widerlegt werden. Überall, wo dies aber nicht der Fall ist, haben wir Sprache und Aktionen, dies aufzuzeigen.

Wir fordern einen Neuanfang in der Atommüllfrage, der diesen Namen auch verdient – mit substantieller Mitbestimmung der betroffenen und potentiell betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Beginn an.

Mit freundlichem Gruß

Martin Donat  
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.  
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

Mathias Edler  
Greenpeace e.V.  
Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

Jochen Stay  
.ausgestrahlt e.V.  
Marienthaler Straße 35 (Hinterhaus), 20535 Hamburg